

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Martin Delius (PIRATEN)

vom 11. April 2013 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 15. April 2013) und **Antwort**

Bei welchen Projekten arbeitete der Senat mit der Stiftung Zukunft Berlin zusammen?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Im Zuge welcher Projekte oder sonstiger Vorhaben arbeiteten die Senatskanzlei und/oder einzelne Senatsverwaltungen bisher mit der Stiftung Zukunft Berlin zusammen?

Zu 1.:

• Die Senatskanzlei hat der Stiftung für ihre Initiative „Städte für Europa“ am 9. November 2012 unentgeltlich Räumlichkeiten im Berliner Rathaus überlassen. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus europäischen Städten, mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Künstlerinnen und Künstlern, Kulturschaffenden und Bürgern wurde die Frage erörtert, welchen Beitrag die Städte zum Aufbau eines „Europas der Bürger“ konkret leisten können. Vorgestellt wurde die Berliner Erklärung, mit der sich Städte sowie Bürgerinnen und Bürger dazu bekennen, sich für unser gemeinsames Europa zu engagieren und vor Ort deutlich zu machen, dass Europa nicht in den Institutionen in Brüssel oder Straßburg liegt, sondern dass jeder Einzelne Teil unseres gemeinsamen Europas ist. Bürgermeister Herr Müller gehörte zu den Erstunterzeichnern.

Die Stiftung ist mit ihren Europaaktivitäten ein Akteur der Europaarbeit in Berlin und ist Mitglied des (informellen) Netzwerks der Senatskanzlei.

• Die Senatskanzlei - Kulturelle Angelegenheiten - hat im Rahmen ihrer regelmäßigen Gespräche mit kulturpolitischen Interessengruppen (s. auch Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 17/0958 vom 12.09.2012 über „Kulturpolitik ist Beteiligungspolitik“) auch einen Dialog mit der Stiftung Zukunft Berlin gepflegt. Dazu gehört der Gedankenaustausch im Rahmen von Projekten wie der Temporären Kunsthalle, dem Humboldt-Forum, Freundeskreisen von Kultureinrichtungen und kreativwirtschaftlichen Initiativen.

• Aus dem Bereich der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft unterstützt die Stiftung u. a. die Projekte „Campus Rütli“ und die „Bürgerplattform Mitte/Moabit“. Die „Bürgerplattform Mitte/Moabit“ koope-

riert mit der 1. Gemeinschaftsschule Mitte. Sowohl der Campus Rütli als auch die 1. Gemeinschaftsschule Mitte werden von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft im Rahmen der Projektvereinbarungen und des Qualifizierungsprogramms für Gemeinschaftsschulen unterstützt. Als Fürsprecherin der Bürgerplattform setzt sich die Stiftung für die Gründung einer Bürgerschule in Mitte ein. In diesem Zusammenhang gab es Gespräche zwischen der Stiftung (vertreten durch Herrn Hassemer) und Frau Senatorin Scheeres bzw. Herrn Staatssekretär Rackles.

• Die Stiftung hat die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz beim sogenannten Bello-Dialog begleitet, indem sie bei der Suche nach geeigneten Teilnehmerinnen und Teilnehmern behilflich war und zur Konzeption des Dialoges beraten hat.

• Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt hat das von der Stiftung organisierte „Forum StadtSpree“ unterstützt.

• Auf Wunsch des Betreibers des Forschungsprojekts Spree 2011 hat die Stiftung die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung darum gebeten, die Mediatorenrolle zwischen der BEHALA (Berliner Hafens- und Lagerhausgesellschaft mbH) und den Betreibern dieses Projekts zu übernehmen. Daraufhin hat der damalige Staatssekretär von Knobelsdorff einmalig an einem Schlichtungsgespräch teilgenommen.

2. Flossen im Zusammenhang mit o. g. Projekten oder sonstigen Vorhaben öffentliche Mittel an die Stiftung Zukunft Berlin? Wenn ja, im Zuge welcher Projekte/Vorhaben und in welcher jeweiligen Höhe?

Zu 2.: Das unter 1. angeführte „Forum StadtSpree“ wird durch eine Zuwendung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt finanziert. Der Zuwendungsbetrag beträgt 53.000 €, von denen 45.358,85 € bereits an die Stiftung überwiesen wurden. Weitere öffentliche Mittel sind nicht geflossen.

3. Haben Sie dem noch etwas hinzuzufügen?

Zu 3.: Die Arbeit der Stiftung Zukunft wird vom Senat als hilfreich für Berlin und seine Institutionen angesehen und steht im öffentlichen Interesse.

Berlin, den 17. Mai 2013

Thomas Heilmann
Senator für Justiz und
Verbraucherschutz

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 03. Jun. 2013)